

WEHRPFLICHTGESETZ im Unterricht

Politische Erziehung an der Fritz-Reuter-Schule I, Ludwigslust

Auf die staatspolitische Erziehung an den Schulen richtete das 14. Plenum des ZK besondere Aufmerksamkeit. Genosse Walter Ulbricht sagte: „Jeder Unterricht soll das Ziel haben, die sozialistische Moral der Jugend zu heben, ihr Staatsbewußtsein zu entwickeln und sie auf die Arbeit und das Leben im Sozialismus und Kommunismus vorzubereiten ... Jedoch sollten die Lehrer und Jugendfunktionäre erkennen, daß die politische Erziehung und Unterrichtung zu einem ständigen Bestandteil der Bildung und Erziehung werden muß.“

Über dieses Problem diskutierten die Genossen unserer Schulparteiorganisation in zwei Mitgliederversammlungen. Die Grundlage dafür bildeten die Materialien des XXII. Parteitages der KPdSU und des 14. Plenums. Wenn wir die Diskussionen sowie die weiteren Aussprachen im Pädagogischen Rat und in der Gewerkschaft zu dem Problem der politischen Erziehung und Unterrichtung zusammenfassen, so ergeben sich einige Schlußfolgerungen vor allem für die Arbeit unserer Genossen. Denn die Partei als führende Kraft an der Schule trägt für die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend eine hohe Verantwortung.

Drei Voraussetzungen

Als erstes erkannten unsere Genossen: Voraussetzung für eine gründliche politische Bildungsarbeit ist, daß ihnen die Perspektiven, die der XXII. Parteitag der KPdSU der Menschheit gab und die auch für Deutschland gelten, klar vor Augen stehen. Denn sie selbst sollen die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus, der den Völkern Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Glück bringt, in die Hirne und Herzen ihrer Kollegen und Schüler tragen.

Eine zweite Voraussetzung ist, daß alle Genossen die politischen Grundfragen der Politik unserer Partei richtig verstehen, denn täglich verlangt man gerade von ihnen Antwort auf Fragen unseres nationalen Kampfes.

Übereinstimmend konnten wir weiter feststellen, daß die politische Erziehung auch das Wie berücksichtigen muß. Es kommt darauf an, daß wir unsere pädagogischen Ziele in die richtige methodische Arbeit umsetzen. Das ist eine dritte Voraussetzung, um zu erreichen, daß bei den Schülern eine Einheit von Wort und Tat, von Denken und Tun hergestellt wird.

Nachdem unsere Schulparteiorganisation über die wichtigsten Fragen der politischen Erziehung Klarheit geschaffen hatte, konnte sie dem Genossen Direktor Hinweise geben für eine Überarbeitung des Jahresarbeitsplanes. Gleichzeitig legte sie Maßnahmen fest, um die politische Unterrichtung in allen Fächern, auf die das 14. Plenum hingewiesen hatte, zu sichern.

Die politische Information

Die Parteileitung hat unter anderem den Schluß gezogen, daß zu einer höheren Qualität der Arbeit eine bessere Koordinierung der politischen und pädagogischen Maßnahmen gehört. Wir haben das so gemacht: Die Parteileitung legt wöchentlich fest, worauf bei der politischen Unterrichtung besonderer Wert zu legen ist. Sie arbeitet dazu Argumente aus und stellt Material zusammen.

Der Genosse Direktor macht alle Kollegen auf der wöchentlich stattfindenden politischen Information mit den von der Parteileitung festgelegten Schwerpunkten bekannt und gibt allen Kollegen im Kollektiv oder individuell Hinweise, wie ein aktuelles politisches Problem vielseitig in den Unterricht einbezogen werden kann. In ähnlicher Weise verfährt die Genossin Pionierleiterin mit den Gruppenratsvorsitzenden der Klassen.

An Hand eines Beispiels soll unsere Methode veranschaulicht werden. Die Beratung des Wehrpflichtgesetzes in der Volkskammer war angekündigt worden. Sofort beriet die Parteileitung mit den Genossen der Schulleitung, wie wir die-